

## **Digitalisierung in der Justiz. Jetzt!**

**Ein gemeinsamer Aufruf des Bundes der Richter und Staatsanwälte in Sachsen-Anhalt, des Bundes Deutscher Rechtspfleger Sachsen-Anhalt, des Verbandes der Verwaltungsrichterrinnen und -richter des Landes Sachsen-Anhalt und der Deutsche-Justizgewerkschaft Landesverband Sachsen-Anhalt e. V. an die Landesregierung.**

Die Coronapandemie hält Deutschland weiterhin in Atem. Wann ein Impfstoff entwickelt sein und das gesellschaftliche Leben wieder zur Normalität zurückfinden wird, ist offen. Politik und Bevölkerung des Landes Sachsen-Anhalt stehen vor grundlegenden Veränderungen und Herausforderungen.

Denn Eines zeigt die Krise schon jetzt: Die Digitalisierung der Arbeitswelt ist zwingend notwendig, um auch während einer Pandemie die dringend erforderlichen Aufgaben und Arbeiten bewältigen zu können. Gleichwohl ist die systemrelevante Justiz in Sachsen-Anhalt auf diese und weitere Herausforderungen der Zukunft nicht vorbereitet. Die Bediensteten in der Justiz wollen auch in Krisenzeiten arbeiten und ihrer gesetzlichen Pflicht angemessen nachkommen. Doch der Stand der Digitalisierung ist unzureichend, was die Arbeitsabläufe lähmt. Die Landesregierung hat in der Vergangenheit zu wenig getan. Die rechtsverbindliche Kommunikation zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den Gerichten und Staatsanwaltschaften ist längst möglich, doch Technik hierfür kaum vorhanden. Was Rechtsanwälte elektronisch einsenden, muss ausgedruckt werden, um es weiterbearbeiten zu können. Elektronisches Versenden geht nahezu gar nicht. Wann die „elektronische Akte“ überall eingeführt sein wird, steht in den Sternen. Die technische Ausstattung der Gerichte und Staatsanwaltschaften hinkt dem technisch Möglichen bei weitem hinterher. Fast täglich gibt es Störungen im alters- und leistungsschwachen Landesdatennetz. An Videokonferenzen mit den Beteiligten eines Gerichtsverfahrens (die der Gesetzgeber im Zivilprozess seit 2005 ermöglicht) ist nicht im Ansatz zu denken. Das Arbeiten aus dem "Home-Office" ist mangels technischer Ausrüstung praktisch auch unmöglich.

Was seit den ersten Kontakteinschränkungen aus Anlass der Pandemie für die Privatwirtschaft schnell zum Alltag wurde, scheitert in der Justiz des Landes an leistungsschwacher Datenübertragung, fehlender digitaler Ausstattung und wohl nicht zuletzt an der mangelnden Einsicht der Landesregierung, mit einer zügigen Digitalisierung Sachsen-Anhalt voranzubringen. Bei der Digitalisierung gehört die Justiz in Sachsen-Anhalt bundesweit zu den Schlusslichtern.

Alle Bürgerinnen und Bürger des Landes haben jedoch Anspruch darauf, dass sie die Justiz auch in Krisenzeiten nicht im Stich lässt. Gerichte und Staatsanwaltschaften müssen jederzeit zuverlässig funktionieren und ihrer verfassungsrechtlichen Aufgabe als dritte Säule staatlicher Gewalt nachkommen können. Digitalisierung muss auch in der Justiz Standard sein.

Wir, die unterzeichnenden Verbände, fordern die Landesregierung auf, die politischen Schwerpunkte zu überdenken und die Digitalisierung der Justiz in Sachsen-Anhalt zügig voranzubringen! Nicht irgendwann. Nicht in Zukunft. Vor allem nicht erst nach der Landtagswahl 2021. Die Coronapandemie legt den erheblichen Handlungsbedarf offen. Um für künftige Herausforderungen bestmöglich gewappnet zu sein, sind alle Weichen zu stellen. Wir fordern entschlossenes Handeln. Jetzt.

Magdeburg, 22. Juni 2020